



LEITARTIKEL

Spitzengespräche der GdP Sachsen! Auch Spitzenergebnisse?

Weiterentwicklung des sächsischen Dienstrechts

In der 15. Kalenderwoche kam es nicht nur zu einem Spitzengespräch zwischen dem Innenminister und den Vorsitzenden der Gewerkschaften und Interessenvertretungen der sächsischen Polizei, sondern auch zu den erbetenen und seit langem erhofften Einzelgesprächen zwischen dem Landesvorsitzenden der GdP Sachsen und dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (11. April 2018) und dem obersten Dienstvorgesetzten Prof. Dr. Roland Wöller (10. April 2018).

Nach dem Leitartikel des Monats April scheint dies für den Einen oder Anderen ja überhaupt nicht mehr notwendig gewesen zu sein, da in der sächsischen Polizei alles flutscht. Doch bekanntlich hat es so mit dem 1. April und dem damit verbundenen Wahrheitsgehalt mancher an diesem Tage gemachten Aussage für den aufmerksamen Leser so seine Bewandnis.

Doch warum soll eigentlich der noch vor einem Monat in Frage gestellte Inhalt so manchen Schwerpunktes nicht zukünftig für die sächsische Polizei an Wahrheitsgehalt gewinnen? Wir wären nicht die Gewerkschaft der Polizei, wenn wir nicht optimistisch an unsere eigenen Forderungen glauben. Der Auftakt für diese Mission wurde zumindest schon einmal gemacht.

Ziel dieser Auftaktgespräche war es vor allem, eine gegenseitige Vertrauensbasis zu schaffen und sich über den Umgang mit gemeinsamen, aber auch unterschiedlichen Standpunkten auszutauschen. Denn eines ist sicher: auch mit einer neuen Staatsregierung wird sich die Gewerkschaft der Polizei nicht in jedem Punkt einig sein. Doch gemeinsame Interessen zumindest mit dem Sächsischen Innenministerium dürften genügend vorhanden sein, um sie auszuloten.

Nichtsdestotrotz war und ist es wichtig, von Anfang an für gegenseitiges Verständnis zu werben, dieses Verständnis aufzubauen und die unterschiedlichen Beweggründe kennenzulernen und zu begreifen. Denn genauso sicher ist auch, dass wir in vielen polizeirelevanten Punkten einen richtigen Weg eingeschlagen haben. Es gilt nun, diesen Weg weiter auszubauen und sukzessive die Forderungen der vergangenen Jahre einzubauen.

Es ist verständlich, dass in diesen ersten Gesprächen nicht alle Einzelheiten bis ins kleinste Detail besprochen werden konnten. Doch eine erste Duftmarke wurde gesetzt; unser Fuß ist erst einmal dort, wo er auch hingehört.

Am Rande der Diskussion über die 1 000 Stellen der Empfehlung der Fachkommission brachte der sächsische Innenminister zum Ausdruck, dass es für ihn niemals um Vollzeit-äquivalente, sondern um die Menschen geht, die in genügender Anzahl vorhanden und vernünftig ausgebildet sein müssen, exquisite Rahmenbedingungen vorzufinden haben und mit den entsprechenden Befugnissen ausgestattet werden sollen. Stichwort: neues Sächsisches Polizeigesetz! In einer Zeit der Digitalisierung und der technischen Entwicklung, in einer Zeit des wachsenden Terrorismus und Extremismus kann es nicht angehen, dass die öffentliche Verwaltung, insbesondere die Polizei, hinten ansteht.

Nicht so eindeutig über die Lippen wollte ihm leider eine klare Positionierung über zusätzliche Stellen gehen, die aufgrund einer veränderten gesellschaftlichen wie auch sicherheitspolitischen Lage seit 2015 aus unserer Sicht ein MUSS sind – und dies nicht nur im Polizeivollzugsdienst, sondern auch in der Verwal-



Hagen Husgen

tung und im Service. Die Aussage, dass ein Personalzuwachs stets einer Fortschreibung unterliegen muss, erinnert momentan noch an vergangene Zeiten, in denen auch nach Aussage des Ministers eine Menge Fehler gemacht wurden und lässt an dieser Stelle das NEUE und den „Mut zur Lücke“ vermissen.

Auch die „Verteilung“ (welch ein Unwort in Bezug auf die Innere Sicherheit) der 1 000 Stellen scheint noch nicht in Sack und Tüten zu sein – ein Unding, wenn man an den Vorlauf beispielsweise für Baumaßnahmen denkt. Aber wie gesagt, es handelt sich um erste Gespräche der Annäherung. Heute Vermisstes kann morgen schon auf dem Tisch liegen!

Zurzeit werden alle Kräfte darauf konzentriert, den Personalbestand so schnell wie möglich zu erhöhen und qualitativ hochwertige Ausbildungskapazitäten zu schaffen (und diese über einen langen Zeitraum kontinuierlich aufrecht zu erhalten).

Fortsetzung auf Seite 2



Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **Mai 2018**, war der **28. März 2018**, für die Ausgabe **Juni 2018** ist es der **2. Mai 2018** und für die Ausgabe **Juli 2018** ist es der **30. Mai 2018**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

Doch dazu gehört auch, das vorhandene Personal zu bedienen und alle Gedanken darauf zu konzentrieren, sich endlich an die Schaffung akzeptabler Rahmenbedingungen heranzuwagen.

Im persönlichen Gespräch mit dem Ministerpräsidenten am 11. April 2018 wurde durch mich die Befürchtung geäußert, dass uns unsere Nachbarländer im Kampf um motiviertes Personal so langsam den Rang ablaufen. Es gab meinerseits eine klare Ansage in Richtung der Staatsregierung, dass die Gewerkschaft der Polizei in Kürze beispielsweise Überlegungen zur Erhöhung des Eingangsamtes (mindestens A 8) und einen spürbaren Schub in der Zulagenzahlung (Polizeizulage bzw. Zulage für Schichtleistende) erwarte. Von Kostenneutralität kann und darf bei der Umsetzung solcher Maßnahmen nicht wieder gesprochen werden, so wie es in der Vergangenheit der Fall war. Sicherheit und leistungsstarkes Personal kosten nun mal Geld und sind für einen Appel und ein Ei nicht zu haben. Andere haben dies schon lange begriffen.

Sollte sich hier in der nächsten Zeit etwas bewegen, ist es der Gewerkschaft der Polizei (und nur ihr) zu verdanken.

Die Aussage des Ministerpräsidenten, sich darum persönlich zu kümmern, wird von uns für bare Münze genommen.

Eine Chance, solche Veränderungen zeitnah umzusetzen (vorausgesetzt, der Wille ist da), wäre das „Gesetz zur Weiterentwicklung des Dienstrechts“, welches ebenfalls in der 15. Kalenderwoche auf der Agenda stand. Als Landesvorsitzender der GdP Sachsen nahm ich vor dem Haushalts- und Finanzausschuss im Sächsischen Landtag Stellung und brachte klar zum Ausdruck, dass ausweislich der Zielstellung einer Weiterentwicklung des Dienstrechts auch Weiterentwicklung gelebt und für die Kolleginnen und Kollegen spürbar werden muss.

Der Freistaat Sachsen könnte Geschichte schreiben, verpasst es aber wieder.

Es darf nicht nur gekleckert, sondern es muss geklotzt werden! Warum wird nicht mal die große Kelle geschwungen und in Erinnerung Bleibendes umgesetzt?

Es bedarf, wie so oft, des Wachrüttelns durch uns.

Die Vergangenheit zeigt, dass dieses ständige „auf die Füße treten“ durchaus Erfolge mit sich bringt. Auch im benannten Gesetzentwurf ist teilweise die Handschrift der GdP Sachsen zu spüren.

Mit der Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen wird beispielsweise erstmalig eine von uns gestellte Forderung angegangen und (vorbehaltlich des Inkrafttretens dieses Gesetzes) umgesetzt. Eine seit Jahren von unseren Kolleginnen und Kollegen geforderte Umsetzung des Fürsorgegedankens, der in einigen Bundesländern seit langem Einzug gehalten hat. Der Freistaat Sachsen zieht nun endlich nach. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch der Fakt, dass der Betrag, ab welchem die Erfüllungsübernahme greift (sozusagen die „unbillige Härte“), von 500 Euro auf 300 Euro gegenüber dem ersten Entwurf gesenkt worden ist. Somit ist (zumindest fast) unseren Einwendungen in der bis dato schriftlichen Stellungnahme zum Gesetzentwurf Rechnung getragen worden (unsere Forderung beläuft sich aber weiterhin auf einen Grenzwert von 250 Euro).

Gesetzlich verankert werden nun auch die Ost-West-Anpassung in den Jahren 2008 und 2009 und die lineare Besoldungsanpassung im Jahr 2008 – ein Ergebnis der durch die Gewerkschaft der Polizei Sachsen geführten Klageverfahren und darauf basierenden Verhandlungen mit dem Finanzministerium. Ohne GdP Sachsen niemals vorstellbar! Das sind wir!

Aus diesem Grund müssen wir auch für diese lang überfällige Gesetzesänderung nicht dankbar sein. Unverständlich ist und bleibt jedoch, weshalb diese Regelungen erst zum 1. Juli 2018 in Kraft treten sollen und keine Zahlung unter Vorbehalt des Inkrafttretens dieses Gesetzes (wie in der Vergangenheit z. B. bei der Übernahme der Tarifiergebnisse oftmals praktiziert) möglich sei.

Nach dem vorliegenden Entwurf soll in das Sächsische Beamten-gesetz eine Regelung aufgenommen werden, dass die Staatsregierung durch Rechtsverordnung (in diesem Falle in der Sächsischen Laufbahnverord-



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (v.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hildern
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



LEITARTIKEL

nung) bestimmt, bis wann bzw. bis zu welchem Alter sich aus ihrer Sicht Aufstiegsausbildungen und Qualifizierungen (ich überspitze es jetzt mal) noch „lohnen“. Lohnen für wen? Für die Betroffenen oder die sächsische Verwaltung?

Die unterschiedliche Herangehensweise an diese Frage könnte aus unserer Sicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sächsischen Verwaltung in die Zwangslage bringen, Einzelfälle nicht regelkonform zu bescheiden. Um diese sicherlich von niemandem gewollte Praxis zu verhindern, sollte klargestellt werden, wer für eine ressortübergreifende einheitliche Anwendung dieser Festlegungen verantwortlich ist.

Dadurch könnte einer bereits heute praktizierten willkürlichen und vor allem unterschiedlichen Anwendung von zu Gunsten der Beamtinnen und Beamten gesetzlich geschaffenen gesetzlichen Möglichkeiten (siehe Umsetzung der Möglichkeit des sog. Praxisaufstiegs in der Polizei) entgegengetreten werden.

Wenn betrachtet wird, dass die Festlegung von Höchstaltersgrenzen für den Aufstieg und die Qualifizierung vor allem für den Bereich der Polizei in Betracht kommen soll, ist erhöhte Vorsicht geboten. Nachtigall, ick hör dir trapsen!

Die beabsichtigte Einführung von Vorsorgeuntersuchungen könnte für

Missstimmung sorgen. Zwar wird ein gewollter Fürsorgegedanke im Interesse des Beschäftigten durch uns begrüßt, doch im Rahmen der hier geplanten Vorsorgeuntersuchungen ist kritisches Denken durchaus angebracht. Das schriftliche Veto der Gewerkschaft der Polizei hat jedoch schon erste Früchte getragen. Die noch im ersten Entwurf vor allem in der Begründung zur damals noch „erweiterten Reihenvorsorgeuntersuchung“ dargestellten Willensbekundungen einer zu schaffenden Datengrundlage haben sich zerschlagen und es wurden nunmehr Ausführungen zur freien Arztwahl entsprechend der Sächsischen Heilfürsorgeverordnung getroffen.

Damit wurde zumindest teilweise schon einmal den skeptischen Bedenken unserer Kolleginnen und Kollegen Rechnung getragen. Doch es fehlte wahrscheinlich die letztendliche Traute, sich vollständig davon zu trennen und mehr Kraft in ein funktionierendes Gesundheitsmanagement zu stecken, um dem löblichen Ziel der Gesundheitsförderung gerecht zu werden.

Es bleibt aber ein fader Beigeschmack: eine Verpflichtung zu einer Vorsorgeuntersuchung lässt den Eindruck entstehen, dass ein gewisser Arbeitgeber- oder Organisationsdruck aufgebaut werden soll, der sich gegen den Willen des Beschäftigten richtet.

Keine gute Lösung!

Nicht nur keine gute, sondern überhaupt keine Lösung, ist bezüglich der von uns thematisierten Abschaffung der Fünf-Stundenregelung, der Einführung einer gesetzlichen Deckelung im Regressfall bei grober Fahrlässigkeit oder einer leistungsbezogenen Besoldung nach Bewertung des Dienstpostens in Sicht.

Auch die Ansagen hinsichtlich der laut Koalitionsvertrag zu prüfenden Funktionszulage, der Erhöhung, Dynamisierung und Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage, der Erweiterung des Geltungsbereiches der Zulagen für Einsatzeinheiten und der Schaffung von Anreizen für den Schichtdienst in der Polizei sind bisher noch nicht angekommen. Vom Eingangssamt A 8 ganz zu schweigen.

Leider überlässt es somit der Freistaat Sachsen den anderen Bundesländern und dem Bund selbst, für die entsprechenden Highlights zu sorgen.

Wir werden aber nicht müde, nach und nach unsere Forderungen zu verwirklichen. Die Praxis gibt uns Recht. Viele Hausaufgaben in Sachsen, die wir gemeinsam stemmen müssen und stemmen werden.

Die ersten Spitzengespräche haben stattgefunden – Spitzenergebnisse bleiben unser Ziel!

**Euer
Hagen Husgen**

FRAUENGRUPPE**Vorstandssitzung und Frauentagsveranstaltung**

Zur ersten Sitzung des Jahres 2018 fand sich der Vorstand der Frauengruppe der GdP am 5. Februar 2018 in Kesselsdorf zusammen.

Wichtige Themen waren in dieser Sitzung die Veranstaltung zum Frauentag am 10. März 2018 im Staatsministerium für Gleichstellung und Integration, die Bundesfrauenkonferenz vom 11. bis 13. März 2018 in Potsdam, Frauentagsveranstaltung des DGB Sachsen am 24. März 2018 sowie die Arbeitstagung der Frau-



Foto: Carmen Klem

engruppe Bund vom 27. bis 28. September 2018 in Fulda.

Weiterhin besprachen die Kolleginnen die Personalentwicklung der Frauengruppe. Hierzu soll im 3. Quartal 2018 nochmals beraten werden.

Anlässlich des Internationalen Frauentages verbrachten die Kolleginnen des Vorstandes der Frauengruppe mit den Ansprechpartnerinnen einen Nachmittag voller Überraschungen

Fortsetzung auf Seite 4



FRAUENGRUPPE

Fortsetzung von Seite 3

in Chemnitz in der Seifenmanufaktur „Beti Bue“.

Hier durften die Frauen ihre persönlichen Badepralinen selbst herstellen und nach Lust und Laune mit verschiedenen Duftölen experimentieren. Vor über 13 Jahren reifte die Idee der

Mädels der heutigen Salbenmanufaktur „Beti Lue“ Creme und Seife selbst zu machen.

Mit viel Liebe, Geduld und Witz führte Annette durch den Kurs und durch den wundervollen Laden, in dem es viele auserlesene und reizende Produkte für Mann, Frau und Kind zu entdecken gibt. Ein ge-

meinsames Abendessen im Gasthaus „An der Schlossmühle“ rundete diesen kulinarischen Ausflug ab.

Die Teilnehmerinnen bedanken sich herzlich bei Gabi Einenkel und Isolde Schimak für die Organisation und bei der Salbenmanufaktur „Beti Lue“ in Chemnitz für diesen wunderschönen Nachmittag. **Simone Roßbach**

7. GdP-Bundesfrauenkonferenz

Digitalisierung im Arbeitsleben nicht nur Männersache – Frauenpower in LTE-Geschwindigkeit



Potsdam. 111 Delegierte aus den Landesbezirken sowie den Bezirken Bundeskriminalamt und Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei trafen sich am 12. und 13. März 2018 in Potsdam, um gewerkschaftliche und frauenpolitische Weichen vor dem Hintergrund des sich rasant vollziehenden digitalen Wandels zu stellen. Sechs starke Frauen vertraten den Landesbezirk Sachsen und berieten mit bei über 40 Anträgen rund um den Polizeidienst, dessen soziale Rahmenbedingungen sowie aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und wählten den neuen Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand mit.

Mit überwältigender Mehrheit wurde die Bundespolizistin Erika Krause-Schöne aus Mecklenburg-Vorpommern von den Delegierten zur neuen GdP-Bundesfrauenvorsitzenden gewählt.

Die 51-jährige Beamtin gehört seit 2002 zum Geschäftsführenden Bundes-

frauenvorstand der GdP und war seit 2006 stellvertretende Vorsitzende.

Unter dem Motto:

„Wir Frauen in der Cloud – kompetent und laut“ wurden die Chancen und Risiken der zunehmenden Digitalisierung im Arbeitsalltag der Polizei und auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine ausgewogene Work-Life-Balance und die Beseitigung struktureller Benachteiligungen von Frauen in der Gesellschaft diskutiert.

Im Leitantrag wurden unter anderem folgende Forderungen formuliert:

- Arbeitszeit neu gestalten: Entkopplung von Arbeitszeit und –ort
- Bewertung der neu entstandenen Berufsfelder, Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen „Lebenslanges Lernen“,

- Mitbestimmungsrechte der Personalräte, Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten sowie der Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten verstärkt einfordern, Fortbildungsangebote schaffen,
- klare Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz
- wissenschaftliche Begleitung zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigten.

Die neu gewählte GdP-Bundesfrauenvorsitzende brachte es so auf den Punkt: „In der digitalen Entwicklung sehen wir eine große Chance für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weisen jedoch auch auf die Gefahren, die von einer ständigen Erreichbarkeit ausgehen, hin.“

Neben den „offiziellen Themen“, die auf so einer Bundeskonferenz selbst-



v. l. n. r. Carmen Kliem, Gabriele Einenkel, Isolde Schimak, Christin Gerull, Angelika Wittke und Anja Kattner
Foto: Carmen Kliem



FRAUENGRUPPE

verständlich im Vordergrund stehen, sollte an dieser Stelle auch das hervorragend organisierte Rahmenprogramm nicht unerwähnt bleiben. Am Anreisetag hatten die Delegierten am Abend die Gelegenheit bei einem rustikalen Abendessen ins Gespräch zu kommen und „dies und das“ bundesländergrenzenübergreifend auszutauschen und ausgiebig zu plauschen. Für reichlich Schmunzeln sorgte bei allen das „Kulturprogramm“ nach der Mittagspause am ersten Veranstaltungstag. Singen, Schunkeln, Polonäse durchaus geeignet, um den Schwung des Vormittags mit in die zweite Hälfte der Konferenz zu nehmen, auch wenn die eine oder andere Teilnehmerin sichtlich überrascht war, was da auf einmal losging. Besten Dank an die Organisatorinnen und Organisatoren der Bundesfrauen-

konferenz – wir haben uns sehr wohl gefühlt, haben viele neue Eindrücke mitgenommen und werden sicher noch im Nachgang über die eine oder andere Sichtweise zu Quotenregelung, Besetzung von Spitzenämtern durch Frauen, flexiblere Lebensarbeitszeitkonten, Telearbeit im Polizeivollzugsdienst, Führen in Teilzeit und Stärkung der Berufszufriedenheit diskutieren.

Eines muss ich aber an dieser Stelle noch loswerden! Liebe Frauen in den Bundesländern westlich von Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Berlin, Potsdam, Halle, Magdeburg, Cottbus, Frankfurt, Chemnitz, Dresden, Erfurt, Gera und Suhl: Die Aussage in der von allen gemeinsam verabschiedeten Resolution, dass es erst seit dem 1. Juli 1977 Frauen in Deutschland möglich war, eine Berufstätigkeit aufzunehmen,

ohne den Ehemann um Erlaubnis zu fragen, trifft lediglich auf einen, wenn auch den größeren Teil der heutigen Bundesrepublik zu.

Wissenswertes

Die Frauengruppe Bund der Gewerkschaft der Polizei vertritt rund 46 000 weibliche Beschäftigte in der Polizei von Bund und Ländern. Seit über 35 Jahren setzt sich die Frauengruppe der GdP aktiv für die Belange der weiblichen Beschäftigten ein. Waren die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Vertretung anfänglich stark auf die berufliche Situation der Kolleginnen fokussiert, sind im Laufe der Jahre weitere vor allem gesellschaftspolitische Themenspektren hinzugekommen. (Quelle: GdP-Bund)

Christin Gerull M.A

BEZIRKSGRUPPE CHEMNITZ**Osterfest für Kinder**

Osterhase und Räuber Hotzenplotz

Fotos: Ullrich Laukner

Am 17. März 2018 fand ein Osterfest für die Kinder der Beamten und Angestellten des Polizeireviers Annaberg in der Jugendherberge Hornersdorf statt, welche durch die Bezirksgruppe der Gewerkschaft der Polizei Chemnitz unterstützt wurde. Die Kinder und Eltern wurden 14.00 Uhr durch den Osterhasen begrüßt.

Aber ach, welch ein Malheur!

Der Osterhase musste berichten, dass sein Korb mit den Geschenken für die Kinder vom Räuber Hotzenplotz geraubt wurde. Nun machten sich die Kinder auf die Suche nach dem Räuber. Unweit der Jugendherberge entdeckten sie ihn am Sportplatz in einer Hütte. Er war gerade dabei die Geschenke aufzureißen.

Aber da hatte er die Rechnung ohne die Kinder gemacht. Sie hatten ein Netz dabei und fingen den Räuber damit ein. Dann wurde die Polizei gerufen und er wurde verhaftet und zum Richter gebracht.



Die Kinder haben den Räuber Hotzenplotz gefangen



Der Osterhase übergibt den Kindern die Geschenke

Das Urteil lautete: „Wald aufräumen!!!“

Die Kinder übergaben dann den Korb dem Osterhasen, der sich riesig darüber freute. Bei Kakao, Kaffee, Tee und Kuchen erhielt dann jedes Kind sein Geschenk. Es war ein sehr schöner Nachmittag in einem wunderschön vorbereiteten Festsaal. Die Polizei brachte dann noch den Räuber Hotzenplotz zurück und er entschuldigte sich bei den Kindern und hatte noch Süßigkeiten mit. Es war eine gelungene Veranstaltung, die sicherlich eine Wiederholung finden wird.

Ullrich Laukner & Claudia Auerbach



8. GdP-Bundesseniorenkonferenz

Zur 8. Bundesseniorenkonferenz am 19. und 20. März 2018 versammelten sich 110 Delegierte Seniorinnen und Senioren aus allen Landesbezirken in Potsdam. Natürlich konnten auch der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Oliver Malchow und einige Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes, darunter Hagen Husgen, begrüßt werden.

Einige ehemalige Bundesseniorenvorsitzende waren als Gäste geladen. Der Landesbezirk Sachsen war mit Sigrid Ginter, Werner Pinkert, Frank Lebelt und Claus Schneider als Delegierte vertreten.

Nach der Eröffnung durch den Bundesseniorenvorsitzenden Winfried Wahlig, hielt der Bundesvorsitzende Oliver Malchow ein Grundsatzerferat. Hierin wurden die Anstrengungen und Erfolge der GdP für ihre Mitglieder gewürdigt. Aber gleichzeitig wurde deutlich gemacht, dass das alles nicht im Selbstlauf passiert.

Im weiteren Verlauf stellte Winfried Wahlig den Geschäftsbericht des Bundesvorstandes vor. Auch hier konnte sich der Landesbezirk Sachsen mit einer Zuarbeit einbringen.

Bei der anschließenden Aussprache zum Geschäftsbericht des Bundes, wurden auch die derzeitigen Spannungen mit dem DGB und die teilweise sehr mangelhafte Arbeit der Justiz angesprochen.

Der nächste Tagesordnungspunkt war die Wahl des geschäftsführenden Bundesseniorenvorstandes.

Vom alten Vorstand wurden Klaus-Peter Leiste und Bernd Kohl nicht

wieder gewählt bzw. kandidierten nicht mehr.

In den neuen Bundesseniorenvorstand wurden gewählt:

als Vorsitzender
Winfried Wahlig (BKA)
als Stellvertreter
Ewald Gerk (Hessen)
Horst Müller
(Rheinland Pfalz)
als Schriftführerin
Sigrid Graedke
(Brandenburg)
als stellv. Schriftführer
Werner Fischer,
(Baden-Württemberg)

Nach der erfolgreichen Wahl des Bundesseniorenvorstandes ging der erste Beratungsabschnitt zu Ende.

Am Nachmittag des 19. März 2018 erfolgte nach der Verabschiedung von einigen Kollegen eine Podiumsdiskussion. An dieser nahmen Jörg Radeck (GdP), Dr. Regina Görner (BAGSO), Annelie Buntenbach (DGB)

unter kompetenter Leitung von Christoph Tiegel als Moderator teil. Die Diskussion stand unter dem Thema: „Die Rolle der Senioren im DGB“. Schon das sorgte für ordentlich Spannung. Deshalb schlugen die Wellen manchmal recht hoch. Insbesondere als es zum Problem der Nichtaufnahme der Personengruppe der Senioren in die Bundessatzung des DGB ging.

Der erste Beratungstag fand seinen Abschluss in der Gaststätte „El Puerito“ mit einem kleinen Programm durch die Drehorgelfrau „Jubel Jette“, die uns köstlich amüsierte und zum Mitsingen animierte

Der 20. März 2018 begann mit einem Referat des Oldenburger Polizei-seelsorgers Axel Kullick zum Thema: „Ob ich alt bin oder nicht, entscheide ich“

Dieses Referat war sehr interessant und hat viele Kolleginnen und Kollegen zum Nachdenken angeregt.



v.l.n.r. Frank Lebelt, Sigrid Ginter, Hagen Husgen, Werner Pinkert und Claus Schneider

Fotos: Edgar Große und Claus Schneider

„Die Rolle der Senioren im DGB“ war das vielschichtige Thema der Podiumsdiskussion auf der 8. GdP-Bundesseniorenkonferenz in Potsdam.

v.l.n.r. Moderator Christoph Tiegel, Dr. Regina Görner, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), Jörg Radek, Stellvertretender Bundesvorsitzender und Annelie Buntenbach Mitglied des DGB-Bundesvorstandes.



Nach der konstituierten Sitzung des geschäftsführenden Bundeseniorenvorstandes erfolgte der Dank an die Organisatoren der Konferenz für den reibungslosen Ablauf.

Claus Schneider,
Landesseniorenvorsitzender
des GdP Landesbezirk Sachsen

Weitere Informationen findet ihr unter: www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_8-GdP-Bundesseniorenkonferenz-Potsdam



GESUNDHEIT

Wenn die Seele brennt

Zu Ursachen und Auswirkungen von Burn-out

Fortsetzung aus der Ausgabe
April 2018 - Seite 7

Foto: schwarzmond.pixelino.de

Individuelle Unterstützungsprozesse: Alle Aktivitäten der Betriebe, die einzelne Beschäftigte bei persönlichen Problemen unterstützen (z. B. Sozialberatung, Suchtberatung).“

Abgesehen davon, dass man hier einen Handlungsbedarf erkannt hat, verursachen die meist längeren Ausfallzeiten einen nicht unerheblichen volkswirtschaftlichen Schaden.

„Der volkswirtschaftliche Schaden von Arbeitsstress“ ist der Titel eines Beitrages von Michael Volber vom 13. März 2014 unter www.welt.de, in dem er schreibt: „Bei einer relativ konstanten Gesamtmenge von Krankschreibungen stieg die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle aufgrund psychischer Erkrankungen in den letzten zehn Jahren um etwa 40 Prozent. ... Seelische Be-

schwerden und Verhaltensstörungen sind von der fünfthäufigsten zur zweithäufigsten Diagnosegruppe nach den Herz-Kreislaufkrankungen geworden. ... Seelische Erkrankungen ziehen die mit Abstand längsten Ausfallzeiten nach sich. Laut Gesundheitsbericht des Bundes machten sie 2012 fünf Prozent aller Fälle, aber zehn Prozent aller Ausfalltage aus, im Durchschnitt rund sechs Wochen pro Fall. Bei keiner anderen Diagnose ist das Verhältnis ähnlich hoch, was den

volkswirtschaftlichen Schaden aufgrund von Produktivitätsausfällen, der laut einer Studie der Beratungsfirma Booz & Co. 2009 bei rund 225 Milliarden Euro lag, weiter wachsen lässt.“

Neben der Fürsorge des Arbeitgebers und den Maßnahmen, die im beruflichen Umfeld ergriffen werden können, ist hier auch jede/r Ein-

1. Arbeiten sie so viel und so lange wie möglich, wenn möglich auch nachts, am Wochenende und an Feiertagen.
2. Nehmen Sie möglichst viel zusätzliche Arbeit an, um Ihre armen Kolleginnen und Kollegen zu entlasten, und Sie wissen ja selbst, dass Sie jeden Job am besten machen.
3. Machen Sie höchstens einmal im Jahr Ferien und eine Woche genügt.
4. Konzentrieren Sie sich auf die unangenehmen Seiten Ihrer Arbeit und ärgern Sie sich regelmäßig darüber.
5. Machen Sie Ihre Selbstbestätigung ausschließlich von Ihrer Arbeit abhängig.
6. Schaffen Sie sich keinen Ausgleich in der Freizeit, dadurch verzetteln Sie nur Ihre Energien.

7. Glauben Sie fest daran, dass Sie jedes Problem lösen können und dass Sie ein Versager sind, wenn dem mal nicht so ist.

8. Interessieren Sie sich nicht für Ihr eigenes Wohlergehen, Ihre körperliche und seelische Gesundheit.

9. Halten sie Distanz zu ihren Kolleginnen und Kollegen, ein freundschaftliches Verhältnis behindert nur Ihren Arbeitsdrang.

10. Das Privatleben kommt immer zuletzt, leben Sie möglichst zurückgezogen, meiden Sie Freunde und Bekannte.“

zelne gefragt. Die bekannte Achtsamkeit gilt nicht nur gegenüber anderen, sondern auch sich selbst gegenüber. Denn nur man selbst weiß am besten, wie es in Seele und Körper aussieht. Es soll aber auch Beschäftigte geben, die meinen, dass ohne sie alles zusammenbricht. Besonders für diese wurden im „Newsletter für die Versicherten von Sanitas Corporate Private Care“ (3/2006) die folgenden Hinweise zusammengestellt:

10 Tipps für ein sicheres Burnout:

Selbstverständlich sind diese Tipps nicht als solche ernstzunehmen. Wenn Sie aber trotzdem meinen, dass nur Sie die Welt retten können, können Sie sicher sein, dass Sie in jedem Fall massiv unterbezahlt sind! Oder Sie ändern in kleinen Schritten Dinge, die Sie belasten und Ihnen nicht guttun und nehmen sich Verbündete mit an Bord. Das ist sicher leichter gesagt als getan, aber vielleicht ein erster Gedanke auf dem Weg zu mehr Gelassenheit und Ausgeglichenheit.

In diesem Sinne: Passen Sie auf sich auf und bleiben Sie an Seele und Körper gesund!

Katrin Braune



Foto: Angela Parszyk_pixelino.de





Personalentwicklung der Polizeiverwaltung in ...

... Sachsen

Die Polizeiverwaltungen tragen wesentlich bei der Aufgabenerfüllung des PVD bei. Durch Personalreduzierungen wurden viele Verwaltungsstellen nicht mehr neu besetzt. Im Ergebnis hat sich die Personaldecke in Verwaltungen verringert, was dazu führt, dass manche Aufgaben nur noch sporadisch wahrgenommen werden bzw. privatisiert wurden. Am Beispiel der Abt. 4 im PVA kann gezeigt werden, wie mit einer ordentlichen Personalausstattung qualitativ und quantitativ, spezifisch für die Polizei ausgerichtet, bessere Arbeit geleistet wird, als ein externer Dienstleister das konnte. Bei 1 000 neuen Stellen (nur PVD) für die sächsische Polizei ist es erforderlich, auch im Bereich der Verwaltung das Personal entsprechend aufzustocken. Schließlich bedarf es auch für zusätzliche Polizisten qualifizierten Personals, das u. a. die Stellen verwaltet, Reisekosten abrechnet, Service bei WuG, IUK, Kfz, Beschaffungswesen und Logistik bereitstellt. Um zuverlässiges und gut qualifiziertes Personal zu bekommen, muss der Verwaltungsbereich tarifpolitisch bzw. laufbahnrechtlich attraktiv werden und Beruf und Familie in Einklang gebracht werden können. In den kommenden Jahren wird ein verstärkter Altersabgang einsetzen. Die Frage wird sein, wie die Stellen besetzt werden sollen, wenn bereits jetzt absehbar ist, dass Altersabgänge in den anderen öffentlichen Verwaltungen ersetzt werden müssen. Die Fachhochschule in Meißen wird bei ihrer jetzigen Kapazität nicht genügend Fachkräfte ausbilden können. Umso mehr muss seitens der sächsischen Polizei durch eine attraktive Personal- und Tarifpolitik die Schaffung einer Polizeiverwaltungszulage für Verwaltungsbeamte, die Wiedereinführung des Bewährungsaufstieges für Tarifbeschäftigte oder die verstärkte Nutzung der Möglichkeit des prüfungsfreien Laufbahnwechsels für berufserfahrene Verwaltungsbeamte Anreize geschaffen werden, um Personal zu beschaffen oder zu halten.

Klaus Hanisch

... Sachsen-Anhalt

... kann man auch gleichsetzen mit Personalabbau. Allein in den 90er-Jahren wurde versucht, Vollzugsbeamte von Verwaltungstätigkeiten zu befreien und in Größenordnungen Beschäftigte eingestellt. Wie sich herausstellte zum Nachteil der Beschäftigten, denn schon wenige Jahre später wurden immense Abbauzahlen beschlossen. Sie stehen bis zum heutigen Tage.

Es geht nicht um eine funktionierende Verwaltung, eher um Verhältniszahlen. Es ist nie gelungen, ein echtes Personalentwicklungskonzept für die Verwaltung zu erstellen. Beschäftigte für die Aufgaben in der Zukunft zu qualifizieren, ihre Stärken zu erkennen und zu fördern. Es war eben leichter, in den Topf des Polizeivollzuges zu greifen und Verwaltungsposten mit ihnen zu besetzen.

Für die Zukunft sollte es uns gelingen, die Beschäftigten wieder mehr in den Fokus zu rücken. Durch professionelle Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben stellen wir sicher, dass Polizeibeamte ihre Kernaufgaben uneingeschränkt wahrnehmen können. Die Verhältniszahlen haben dazu geführt, dass wir heute in einigen Behörden massive Fehlstellen haben. Gut ausgebildete Verwalter haben die Landespolizei verlassen, da sie in anderen Ressorts höher bewertete Dienstposten wahrnehmen konnten oder einfach ein besseres Arbeitsklima vorfanden. Wir haben mit der neuen Strukturreform die Möglichkeit, seriöse Berechnungen anzustellen.

Die Verwaltung ist kein „notwendiges Übel“, sie ist eine tragende Säule zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Diese Arbeit muss gut vergütet bzw. besoldet werden. Engagement muss sich wieder lohnen. Neueinstellungen, auch über dem Soll, müssen getätigt werden, damit nicht auch das Wissen der Kolleginnen und Kollegen mit in den Ruhestand geht. Ausbildung als Zauberwort. Nicht Abbau, sondern Qualifizierung und Wertschätzung im Bereich der Verwaltung!

... Thüringen

Nach der Polizeistrukturereform im Jahr 2012 werden die Aufgaben einer zentralen Verwaltungsbehörde mit entsprechenden Dienst- und Serviceleistungen für die gesamte Thüringer Polizei durch die Landespolizeidirektion wahrgenommen. Hier sind Tarifbeschäftigte, Verwaltungs- und Polizeivollzugsbeamte in der Verwaltung tätig. Die Polizeiverwaltung ist ein wesentlicher Teil der Polizei und unterscheidet sich deutlich von der allgemeinen Verwaltung. Grundlage der beruflichen Entwicklung ist jedoch die Thüringer Laufbahnverordnung sowie die Beurteilungsrichtlinie Allgemeine Verwaltung.

Für die Jahre 2016 und 2017 gab es für die Thüringer Polizei eine Beförderungquote von zusammen zehn Prozent. Diese wurde im Innenressort zu gleichen Teilen aufgeteilt. Eine Unterscheidung zwischen Polizeivollzugsdienst und Verwaltung wurde nicht vorgenommen. Zusätzlich erfolgte eine Trennung in nichttechnischen, technischen und naturwissenschaftlichen Dienst. Längere Wartezeiten im jeweiligen Amt, überwiegend im mittleren, aber auch im gehobenen und höheren Dienst, sind seit Jahren die Folge. Eine eigene Ausbildung von Verwaltungspersonal gibt es bei der Thüringer Polizei nicht. Sie erfolgt für den gehobenen Dienst an der Thüringer Fachhochschule und für den mittleren Dienst an der Verwaltungsschule. Nach der Ausbildung können sich die Absolventen auf angebotene Stellen der Landesverwaltung bewerben.

Die GdP fordert schon seit Längerem eine Polizeilaufbahn, welche auch die Polizeiverwaltung beinhaltet, eine strikte Trennung der Vollzugs- und Verwaltungsdienstposten sowie eine mögliche Besetzung aller Planstellen auch durch Tarifbeschäftigte. Eine Personalentwicklung soll für alle Beschäftigte der Thüringer Polizei stattfinden. Leistung und Engagement muss sich in diesem Bereich wieder lohnen und endlich eine entsprechende Wertschätzung erfahren.

Monika Pape

